

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/KXIII/128

Bonn, den 11. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	11.000 tödliche "Haushalts-Unfälle" im Jahr	67

In der Bundesrepublik muß mehr für den Unfallschutz getan werden

Von Lisa Kospeter, NdB

2	Der Schauprozeß in Athen	24
---	--------------------------	----

Griechenlands Demokraten brauchen noch mehr Hilfe von Gleichgesinnten

2 a	Unbeirrt auf Schiller-Kurs	40
-----	----------------------------	----

Europäische Kommission bestätigt Dauerhaftigkeit
des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik

Von Wolfgang Jansen

3 - 4	De Gaulles dritte Etappe	29
-------	--------------------------	----

"Zwischen Kapitalismus und Kommunismus"?

Von Georg Scheuer, Paris

GLOSSE

4

	"Wa, denn Prost, so wird's wohl sein"	19
--	---------------------------------------	----

Warum Pompidou nicht mehr Ministerpräsident ist

FRAU UND GESELLSCHAFT brinnt heute:

Ansprüche der Frauen durchsetzen
- IG Metall-Anträge zum 9. Gewerkschaftstag -

"Entscheidung erst nach der Diskussion"

Kurzmeldungen

* * *

11.000 tödliche "Haushalts-Unfälle" im Jahr

In der Bundesrepublik muß mehr für den Unfallschutz getan werden

Von Lisa Korpeter, MdB

Im Bundesgebiet verzeichnen wir zur Zeit jährlich etwa 35.000 tödliche Unfälle. Davon rund 17.000 im Verkehr, 7.000 in gewerblichen Betrieben und 11.000 im häuslichen Bereich. Für die Unfallverhütung im Bereich Verkehr wendet der Bund etwas mehr als vier Millionen Mark auf, für die Unfallverhütung in den Betrieben werden seitens der Betriebe und der gewerblichen Unfallversicherungsträger gewiß noch höhere Beträge aufgewandt.

Für die Unfallverhütung im Haushalt dagegen stellt niemand auch nur annähernd entsprechende Mittel zur Verfügung, obschon diese Unfallverhütung, wie die hohe Zahl der tödlichen Unfälle beweist, nicht weniger wichtig ist. Die gemeindlichen Unfallversicherungsträger sind gesetzlich nur ermächtigt, Mittel zur Verfügung zu stellen für im Haushalt im Arbeitsverhältnis stehende Beschäftigte, insbesondere der Hausgehilfinnen. Die weitaus größte Zahl aber der im Haushalt Beschäftigten, nämlich die Hausfrauen, haben keine Stelle, die sich mit nennenswerten Beträgen der Unfallverhütung im Haushalt widmet. Bei der Reform der Unfallversicherung vor einigen Jahren war es nicht möglich, die Hausfrauen in die gesetzliche Unfallversicherung einzubeziehen, weil eine Reihe berechtigter Bedenken einer solchen Regelung entgegenstanden.

Wenn aber das vom Bundestag beschlossene Maschinenschutzgesetz seinen Zweck erfüllen soll, darf nicht nur von der Fabrikationsseite angesetzt werden, sondern müssen auch die Haushaltungen durch eine ständige und gezielte Aufklärung zu erhöhtem Sicherheitsdenken geführt werden. Das heißt also: Kampf der Unfallgefahren im Haushalt durch intensive Aufklärung.

Seit mehr als 15 Jahren hat sich die gemeinnützige Aktion "Das sichere Haus" in den Dienst der Unfallverhütung im Haushalt gestellt. Jedoch ist leider die Arbeit der Aktion entscheidend behindert durch den Mangel an Mitteln, zu denen das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung seit einigen Jahren auf Anregung der SPD-Bundestagsfraktion 20.000 DM zweckgebunden beisteuert. Das ist, um eine wirklich intensive Unfallverhütung betreiben zu können, viel zu wenig. Dabei müssen wir uns darüber klar sein, daß jede Erweiterung der Aktivität der Aktion "Das sichere Haus" die Unfallverhütung mit der Konsequenz verstärken könnte, immer mehr Menschen vor Gesundheitsschäden oder Tod durch Unfall im Haushalt zu bewahren.

In einer Broschüre "Häusliche Sicherheit" wird im Vorwort unter anderem darauf hingewiesen, daß neue Wege für die Unfallverhütung in der privaten menschlichen Sphäre gesucht und gegangen werden müßten und daß die Unfallverhütung im Heim auf dem Gedanken der Selbsthilfe und der Eigenverantwortung aller in der Familie Lebenden gegenüber den Unfallgefahren aufgebaut sein muß. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß die häusliche Unfallverhütung aus humanitären, familien-, gesundheits- und wirtschaftspolitischen Gründen als gleich förderungsbedürftig und -würdig wie die übrigen Bereiche der Unfallverhütung ausdrücklich anerkannt werden. Das zeigt sich auch bei verschiedenen Hinweisen in den Unfallverhütungsberichten der Bundesregierung sowie in der Frauenerquote

und der Sozialenquete. Auf Anregung der weiblichen Bundestagsabgeordneten Frau Breuksiepe (CDU), Frau Korpeter (SPD) und Frau Funke (FDP) haben die weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen die Initiative ergriffen und folgende kleine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht:

- * 1. Hält die Bundesregierung angesichts der Zahl von rund 11.000
- * Unfalltoten jährlich im Haushalt eine Intensivierung des Unfallschutzes im häuslichen Bereich für geboten?
- * 2. Was wird die Bundesregierung tun, um die Unfallverhütung im
- * Haushalt insbesondere zum besseren Schutz der Kinder, der Hausfrauen und der älteren Menschen zu intensivieren?

Eine solche Intensivierung könnte durch die gemeinnützige Aktion "Das sichere Haus" durch eine Vielzahl von Möglichkeiten erfolgen. Verstärkung der Wanderschauen, Ausweitung und weitere Verbreitung der Zeitschrift "Das sichere Haus", Tonbildschauen, Dia-Serien, Aufklärungsveranstaltungen und Vorträge vor Alt und Jung im großen, mittleren und kleinen Rahmen, stärkere Verbindung mit Presse, Rundfunk und Fernsehen, Einwirkung auf die sichere Gestaltung beim Wohnungsbau und anderes mehr.

Jedenfalls gibt es bei einiger Phantasie und genügend Mitteln überraschend viele Möglichkeiten der Aufklärung, um damit der hohen Zahl der tödlichen Unfälle im Haushalt zu beugen.

+ - +

Der Schauprozess in Athen

Griechenlands Demokraten brauchen noch mehr Hilfe von Gleichgesinnten

sp - Im Athener Schauprozess vor dem Sondermilitärgericht, bei dem Sozialdemokraten und andere Gegner der Militärjunta zu Zuchthausstrafen zwischen 5 1/2 und 10 Jahren verurteilt wurden, (der SPD-Pressedienst hat in seiner Ausgabe vom 28. Juni 1968 einen ausführlichen Vorbericht veröffentlicht) hat der Staatsanwalt, ein Major Anastasopoulos, eine dumme Anklagerede gehalten, in der er nach dem altbewährten Muster rechtsradikaler Politiker versuchte, den Richtern - alle Militäre - einzureden, demokratischer Sozialismus und Kommunismus sei dasselbe. Wahrscheinlich brauchte sich Major Anastasopoulos dabei garnicht anzustrengen, denn die Richter waren schon vor dem Prozess fest entschlossen, die Angeklagten als "verräterische Aufwiegler und Kommunisten" zu betrachten und entsprechend zu verurteilen. Bei dem Prozess selbst wurden vom Gericht die sehr detaillierten Schilderungen der Angeklagten und ihrer Verteidiger von Folterungen geflissentlich überhört. Nur dem Druck internationaler Organisationen, besonders der Parteien der Sozialistischen Internationale, ist es zuzuschreiben, daß einer der Angeklagten, Protopappas, eine Gefängnisstrafe mit dreijähriger Bewährung erhielt. Einige Marinesoldaten, die ebenfalls angeklagt waren, ließen durch ihre rechtsstehenden Verteidiger erklären, sie seien zur Rute bereit und würden in Zukunft die "nationale Regierung" unterstützen. - Es bleibt dabei: Die internationalen Organisationen müssen noch stärker als bisher auf das undemokratische Regime in Athen einwirken. Die griechischen Demokraten brauchen die Hilfe Gleichgesinnter in ihrem Kampf gegen die Militärdiktatur.

+ - +

Unbeirrt auf Schiller-Kurs

Europäische Kommission bestätigt Dauerhaftigkeit
des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik

Von Wolfgang Jansen

Wenn die Europäische Kommission in ihrem neuesten Vierteljahresbericht feststellt, daß "keine Zweifel über die Dauerhaftigkeit des Aufschwungs" in der Bundesrepublik Deutschland mehr bestehen können und daß eine stärkere Entwicklung zu einer "Verbraucherkonjunktur" hin zu erwarten sei, so sagt sie damit zweierlei:

- * Ihre Feststellung ist eine glänzende Bestätigung des Wirtschaftskurses, den der Sozialdemokrat Prof. Karl Schiller vor eineinhalb Jahren eingeschlagen hat.
- * Die Kommission stellt fest, daß diese Politik in gleicher Weise den Verbrauchern, und das sind in erster Linie die Arbeitnehmer, zugute kommt.

Bei einem solchen Lob ist es wohl angebracht, wenigstens einen kurzen Blick auf jene Zeit zurückzuwerfen, in der die wachsenden Arbeitslosenzahlen das Gefühl zunehmender Unsicherheit in unserer Volke verbreiteten, zumal damals die wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen das Ende der Vollbeschäftigung ankündigten. Als man im Lichte dieser düsteren Aspekte durch die Berufung Prof. Schillers zum Wirtschaftsminister den Sozialdemokraten entscheidenden Anteil an der Gestaltung einer neuen Wirtschaftspolitik zumaß, geschah das mit einer Begleitmusik, die von skeptisch bis hässlich nuanciert war. Wie lang denn die Talsohle wohl noch sei und ob - in Anlehnung an ein Wort von Lord Keynes - "die Pferde endlich laufen wollten", wurde gefragt.

Das alles ist heute vom Tisch. Und auch die erregte Debatte, ob die Sozialdemokraten vor lauter Sorge um das Wachstum nicht die Stabilität vergäßen, ist verstummt. Tatsächlich haben wir in den letzten Monaten eine Preisstabilität erreicht, wie sie seit Jahren unbekannt war; und angesichts der in der Bundesrepublik noch nicht voll ausgelasteten Kapazitäten erscheint sie jedenfalls von uns aus nicht gefährdet. Dazu ist allerdings notwendig, daß wir auch weiterhin unbeirrt den von Prof. Schiller bestimmten Kurs steuern und nicht in den Fehler früherer Jahre zurückverfallen, Gruppeninteressen über das Ganze zu setzen und dabei vergessen, daß ein Schaden für das Ganze auch ein Schaden für jede einzelne Gruppe bedeutet.

Die glänzende Bestätigung aus Brüssel für den Kurs Karl Schillers sollte allen Zweiflern Mut machen, diesem Kurs weiterhin zu folgen. Denn das nützt uns allen.

+ + +

De Gaulles dritte Etappe

"Zwischen Kapitalismus und Kommunismus"?

Von Georg Scheuer, Paris

Das neue französische Parlament mit seiner absoluten gaullistischen Mehrheit und die Bildung der Regierung mit dem langjährigen Außenminister Couve de Murville an der Spitze sind nur der erste Schritt eines neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses, den General de Gaulle im 10. Jahr seiner Macht einzuschlagen gedenkt.

Ausgangspunkt dieser neuen Strecke ist das, was man in Frankreich entweder hochtrabend die "Kairevolution 1968" oder, mit zarter Umschreibung, "die Ereignisse" nennt. Man will nun Lehren ziehen, um nicht demnächst ein zweites und vielleicht noch böseres Erwachen zu erleben. Frankreich soll laut de Gaulle nicht nur außenpolitisch, sondern auch sozialpolitisch neue Wege gehen, die zwischen und jenseits von Kapitalismus und Kommunismus liegen, im Zeichen der großangekündigten "participation" (Beteiligung und Mitbestimmung) der Arbeitnehmer, der Studenten und überhaupt aller sozialen Gruppen des Volkes. Ein gewagtes Unterfangen, wenn es nicht bei leeren Versprechungen bleiben soll.

Es handelt sich hier um eine alte, zum großen Teil vergessene Idee des Gaullismus, der sich jedoch nach eigener Aussage in den ersten zehn Jahren seiner Machtausübung zunächst auf zwei andere Lebensfragen der Nation konzentrierte: "Entkolonialisierung" und "Unabhängigkeit" zwischen Ost und West.

Diese beiden außenpolitischen Zielsetzungen wurden in letzten Jahrzehnt weitgehend verwirklicht. Einerseits wurde das französische Kolonialreich geräumt, andererseits wurde eine Politik des internationalen Gleichgewichts angebahnt.

Zweifelloos wird Couve de Murville in beiden Richtungen weiterarbeiten: beste Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt und Weiterverfolgung des gesamteuropäischen Konzeptes. Das Hauptaugenmerk soll aber in nächster Zeit der bisher vernachlässigten Sozialreform gewidmet sein. - Widerstände gegen die hauptsächlich von den "Linksgaullisten" geforderte "participation" kommen bereits sowohl von der Arbeitnehmer-

als auch von der Arbeitgeberseite. Die Gewerkschaften betrachten das Projekt entweder als "Augenauswischerei" oder als "Köder". Sie ziehen es vor, auf bekannter Ebene für die täglichen Forderungen der Arbeitnehmer zu kämpfen und befürchten, mit der "participation" einen verstärkten "Einbau" der Gewerkschaftsbewegung in das gaullistische System.

Der Unternehmerverband hingegen warnt vor "revolutionären Experimenten". Wohl wäre er zu einem Gespräch über eine begrenzte Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer im Zuge einer Produktionssteigerung bereit, keinesfalls aber soll es nach Auffassung der Arbeitgeber ein wirkliches Mitspracherecht und Mitbestimmung der Lohnempfänger geben.

Couve de Murville hat also ein steinigtes Feld vor sich. Seine diplomatische Begabung wird ihm vielleicht helfen, die "Sozialpartner", die sich noch vor wenigen Wochen im größten Generalstreik dieses Landes als "Klassengegner" gegenüberstanden, an einen Tisch zu bringen, um nicht nur über Lohnerhöhungen und Arbeitszeit zu sprechen, sondern auch tatsächlich eine soziale Neuordnung einzuleiten.

Der Wahlerfolg im Juni ist ein Wechsel, der jetzt eingelöst werden muß. Die meisten Franzosen wissen, daß es bei der Verwirklichung der Sozialprojekte nicht nur um die Verhinderung neuer Streiks im Herbst geht, sondern darüber hinaus um die Zukunft der Fünften Republik.

C L O S S E

"Na denn Prost, so wird's wohl sein"

Warum Pompidou nicht mehr Ministerpräsident ist

B.W. - In Paris erzählt man sich folgende nette Geschichte: An der Theke ihres Stammcafés unterhalten sich einige Gäste über die Frage, warum Pompidou nicht mehr Ministerpräsident ist. Meint der eine, de Gaulle habe seinen Freund Pompidou wieder zur Rothschildbank, wo er früher Direktor war, geschickt, weil er 20 Milliarden braucht. Der andere: De Gaulle will sich Pompidou als Nachfolger aufheben. Ein Dritter: Ach Unsinn, Pompidou hat den Staatschef gesagt, er könne nicht alle Versprechungen einlösen, die de Gaulle im Wahlkampf besonders den Arbeitern gemacht hat.

Man diskutiert hin und her, erwägt die eine oder andere Möglichkeit, bis sich schließlich ein Geschäftsmann zum Wort meldet, von dem alle Gäste im Stammcafé wissen, daß er vor kurzen sein Geschäft verkauft hat. Bedächtig blickt der Mann in sein Glas und sagt schließlich: "Was ihr alles da zusammenquatscht. Die Sache ist doch ganz einfach. Frau Pompidou hat zu ihrem Mann gesagt, wenn Du nicht endlich Schluß machst mit der Politik, lasse ich mich scheiden. Die paar Jahre, die uns noch bleiben, wollen wir doch noch etwas vom Leben haben".

Die Runde ist stumm, es gibt keinen Widerspruch, bis schließlich einer sagt: "Na denn Prost, so wird's wohl sein."